



Baden-Württemberg wird von einer grün-schwarzen Landesregierung geführt. Am Sonntag, 14. März, endet mit der Wahl zum 17. Landtag die Legislaturperiode.

Foto: Jens Hilberger - stock.adobe.com

Meinungsumfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen
Thema: Bilanz der Landesregierung

Landespolitik im Schatten Berlins

STUTTGART.

VON ULRIKE TRAMPUS

Am Sonntag ist Landtagswahl und die Legislaturperiode der grün-schwarzen Landesregierung neigt sich dem Ende zu. Zeit, Bilanz zu ziehen. Dies tun die Baden-Württemberger in einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Das Institut für Demoskopie Allensbach befragte dazu in der letzten Februarwoche 1002 Personen.

32 Prozent unter ihnen finden, dass die Politik der Landesregierung erfolgreich ist, 26 Prozent widersprechen. Ein hoher Anteil

der Baden-Württemberger traut sich kein Urteil über die gemeinsame Regierungsarbeit der Grünen und der CDU zu. Die SPD fällt ihnen unter den Oppositionsparteien als am aktivsten auf (25 Prozent), die Aktivitäten der AfD als größte Oppositionspartei im Stuttgarter Landtag nehmen elf Prozent wahr, die FDP kommt auf neun Prozent.

Alles in allem steht die Regierungsbilanz stark unter dem Eindruck der Coronakrise. 67 Prozent der Männer und Frauen sehen es als die wichtigste Aufgabe an, die Ausbreitung des Virus zu bekämpfen. 61 Prozent fordern die finanzielle Unterstützung von



Was treibt die Baden-Württemberger vor der Landtagswahl am 14. März um? Das wollen 78 Tageszeitungen aus Baden-Württemberg in einer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, wissen. Mit der heutigen Veröffentlichung endet die Umfrage-Serie.

Unternehmen und Selbstständigen, die von den wirtschaftlichen Folgen betroffen sind. Eine Mehrheit hält es für wichtig, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. 72 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer halten dies für zukunftsweisend.

Frustrierend für die Landespolitiker mag sein, dass die meisten Vorhaben und Beschlüsse aus Stuttgart den Bürgern kaum bekannt sind. Meist wird die Landespolitik in der Wahrnehmung von der Bundespolitik überlagert. Und in der Beliebtheitskala bekannter Politiker schneiden nur Winfried Kretschmann und Andreas Stoch (SPD) gut ab.

MEDIENNUTZUNG

Gutes Zeugnis für die Tageszeitungen

Die regionalen Tageszeitungen sind nach wie vor für die Bürger eine wichtige Informationsquelle. 37 Prozent der Befragten lesen täglich oder fast täglich Zeitung, weitere 29 Prozent tun dies sporadisch. Diese stellen ihr auch ein gutes Zeugnis aus: 74 Prozent bewerten ihre Zeitung positiv; 15 mit sehr gut, 59 mit gut, 17 Prozent üben Kritik. Mit zunehmendem Alter steigt die Zufriedenheit.



Winfried Kretschmann (Grüne)

Der Ministerpräsident ist bekannt im Land: 92 Prozent haben schon einmal von ihm gehört, 72 Prozent haben eine gute Meinung von ihm, 28 Prozent nicht.



Thomas Strobl (CDU)

Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister ist 59 Prozent der Befragten bekannt. 46 Prozent haben von ihm eine gute Meinung, 54 nicht.



Susanne Eisenmann (CDU)

63 Prozent kennen die Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin. 68 Prozent haben keine gute Meinung von ihr, 32 schon.



Winfried Herrmann (Grüne)

39 Prozent kennen den Verkehrsminister, 51 Prozent finden ihn nicht gut, 49 Prozent schon.

69 %

bemängeln, dass es beim Digitalunterricht an den Schulen im Land Mängel gibt. 58 Prozent der Männer und 57 Prozent der Frauen fordern, dass die digitale Ausstattung verbessert werden muss, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern. 54 Prozent plädieren außerdem dafür, flächendeckend für schnelles Internet zu sorgen.

60 %

der Baden-Württemberger halten es für wichtig, trotz der enormen Kosten, die die Coronakrise verursacht, die **Schuldenbremse** beizubehalten. 17 Prozent fordern eine Abschaffung des Finanzinstruments. Die Schuldenbremse sieht vor, dass das Land außer in Notsituationen, wie wir sie zur Zeit haben, keine neuen Schulden aufnehmen darf.

50 %

der Bürger im Land kritisieren, dass es keine **Anlaufstelle** für Kritik und Anregungen zur Coronapolitik gibt. Sie fühlen sich in der aktuellen Situation ohnmächtig. Überdurchschnittlich haben Eltern diesen Eindruck. 45 Prozent bemängeln unter anderem die Erreichbarkeit von Behörden und kritisieren die Vergabe-Modalitäten bei Impfterminen (65 Prozent).

68 %

der befragten Baden-Württemberger sehen Probleme bei der Auszahlung der **Wirtschaftshilfen** in der Coronakrise. 64 Prozent sind der Meinung, dass es zu den wichtigsten Aufgaben des Landes gehört, die von der Krise betroffenen finanziell zu unterstützen. Das Thema Arbeitslosigkeit spielt auf der Agenda mit 36 Prozent keine so große Rolle.

52 %

der Frauen und Männer im Land halten es für besonders wichtig, den **Umwelt- und Klimaschutz** zu fördern. Bei diesem Thema sind sich beide Geschlechter einig. Bei **wissenschaftlichem Fortschritt** und **Innovationen** liegen die Prioritäten am stärksten auseinander. Für 45 Prozent der Männer ist das wichtig und nur für 28 Prozent der Frauen.

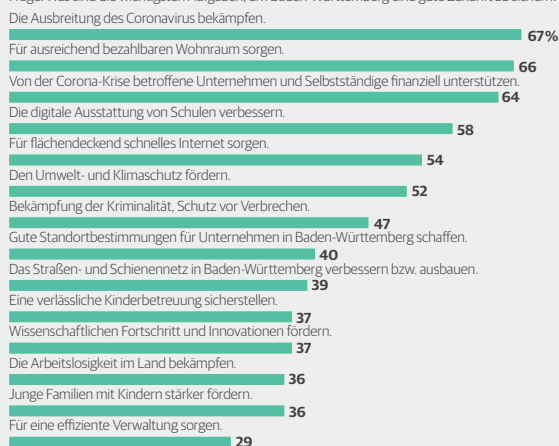


Ulrike Trampus
Chefredakteurin

Bildung, Verkehr, wirtschaftliche Lage, Sicherheit, Krisenmanagement plus Bilanz der Landesregierung – die monatliche, Ende Oktober gestartete, fünfteilige Umfrage-Serie vor der Landtagswahl endet heute. Mit der gemeinsamen Aktion unterstrichen die 78 Tageszeitungen in Baden-Württemberg: Sie wollen wissen, wie die Bürger aktuelle Entwicklungen einschätzen und ihre Leserinnen und Leser seriös informieren.

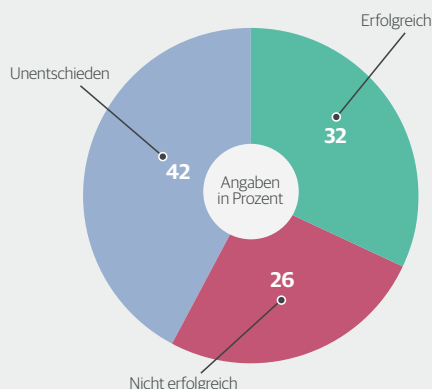
Politische Agenda

Frage: Was sind die wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern?



Erfolgsbilanz Grün-Schwarz

Frage: War die Politik der grün-schwarzen Landesregierung bis jetzt alles in allem erfolgreich oder nicht erfolgreich?



Quelle: Allensbacher Archiv, IHD-Umfrage 6163/N. Grafik: LKZ/Thomas Caults